



BRIEF AUS BERLIN

02/2024

Liebe Leserinnen und Leser,

in den Debatten der dritten Plenarwoche des Jahres spiegeln sich einige Inhalte der kurz zuvor stattgefundenen Münchner Sicherheitskonferenz 2024 wider. Vor zwei Jahren, am 24. Februar 2022, initiierte Russland mit seinem brutalen Angriff auf die Ukraine einen Krieg, der bereits 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Konflikt in der Ostukraine begann.

Trotz dieser Herausforderungen bleibt Deutschland jedoch von einem grundlegenden strategischen Wandel weit entfernt. Die vom Bundeskanzler in seiner Rede vom 27. Februar 2022 angekündigte "Zeitenwende" ist bisher nicht über bloße Rhetorik hinausgekommen. Es wurde diskutiert, wie dieser Wandel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, dem Bundeswehreininsatz SEA GUARDIAN im Mittelmeer und den zehn Jahren des russischen Konflikts mit der Ukraine, angegangen werden könnte. Auch der tragische Tod des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny wurde thematisiert.

Innerhalb Deutschlands zeigt sich währenddessen noch kein politischer Konsens, die Wirtschaft mit neuen Maßnahmen wieder anzukurbeln. Es bleibt zu hoffen, dass sich das Wachstumschancengesetz nach einer Einigung positiv auf die wirtschaftliche Gesamtlage auswirkt.

Nicht zuletzt hat die Ampelkoalition ihr langfristiges Wunschprojekt, das Gesetz zur Legalisierung von Cannabis in Deutschland, trotz aller Kritik und gesundheitlicher Bedenken durchgebracht.

Herzlichst,

Euer

2



**#THEMEN IM
BUNDESTAG**

4



**#RAINER
TRIFFT**

THEMEN IM BUNDESTAG



Kompromiss zum Wachstumschancengesetz?

Die Länder hatten in ihrem Anrufungsbeschluss im Bundesrat eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzes gefordert. Das Vermittlungsergebnis stand am 23.02.24 zur namentlichen Abstimmung im Bundestag an und wurde von der Ampel gegen die Stimmen der Unionsfraktion beschlossen. Die nächste reguläre Bundesratsitzung, die ein Vermittlungsergebnis und den heutigen Beschluss des Bundestages absegnen könnte, findet am 22.3.2024 statt.

Die Union hat im bisherigen Verfahren und vorbehaltlich einer endgültigen Einigung wichtige Impulse für die deutsche Wirtschaft durchgesetzt. Dazu zählen: die Wohn-AfA von 5%; die degressive AfA auf bewegliche Wirtschaftsgüter; die Ausweitung der Forschungszulage; eine Verhinderung weiterer Bürokratie: keine „Klimainvestitionsprämie“ und keine nationalen Anzeigepflichten für Steuergestaltungen; keine vorzeitige Erhöhung des Umsatzsteuersatzes auf Gas.



Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Die „Nationale Sicherheitsstrategie“ der Bundesregierung kratzt nur an der Oberfläche und zieht keine operativen Schlussfolgerungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland braucht hier eine echte Zeitenwende, um Frieden, Freiheit und Wohlstand in Deutschland und Europa bewahren zu können. Im entsprechenden Antrag setzt sich die Unionsfraktion dafür ein, die Ukraine durch unverzügliche Lieferung von erbetenen und in Deutschland verfügbaren Waffensystemen, darunter den Marschflugkörper Taurus, sowie Munitionssorten im Kampf gegen Russland zu unterstützen.

THEMEN IM BUNDESTAG

Gesetzentwurf der Bundesregierung „zum kontrollierten Umgang mit Cannabis“ gebilligt



© Foto: picture alliance/dpa | Robert Michael



© Foto: picture alliance / CHROMORANGE | Michael Bihlmayer

Cannabis soll nach Plänen der Ampelkoalition künftig nicht mehr zu den verbotenen Substanzen nach dem Betäubungsmittelgesetz gehören, Besitz und Konsum bleiben unter bestimmten Bedingungen straffrei. Ein Antrag der CDU/CSU, die Legalisierung zu stoppen, wurde von der Ampelkoalition abgelehnt. Die Abgabe soll in sogenannten Cannabis-Clubs erfolgen, gleichzeitig wird der Eigenanbau von drei weiblichen Pflanzen erlaubt.

Im parlamentarischen Verfahren wurden die wenigen Schutzregelungen, etwa für Kinder und Jugendliche, nochmals verwässert. Die geplante Cannabislegalisierung ist gesundheitspolitisch fatal und im höchsten Maße verantwortungslos.

Zudem sind die enthaltenen Regelungen schlicht nicht kontrollierbar und werden jede Vollzugsbehörde vor unlösbare Aufgaben stellen.

Forderung nach Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft beraten



© Foto: picture alliance / Rupert Oberhäuser | Rupert Oberhäuser



Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der hierzulande ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder außereuropäische Ausland. Das Sofortprogramm der CDU/CSU umfasst 12 Punkte, darunter die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte; die Einführung von strengeren Sanktionen für Bürgergeldbezieher, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird; die vollständige Rücknahme der von der Bundesregierung geplanten Steuererhöhung für Landwirte; sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum (0,05 Cent/kWh) und die Halbierung der Netzentgelte. Im Anschluss an die Aussprache überwiesen die Abgeordneten den Antrag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. Die Federführung liegt beim Wirtschaftsausschuss.

RAINER TRIFFT

... den SV Haibach



Die erste politische Bildungsreise des Jahres 2024 führte Spieler, Trainer, Partnerinnen und Vereinsfunktionäre des SV Haibach nach Berlin. Ich freue mich, dass das vielseitige Programm bei den Teilnehmern sehr gut angekommen ist.

... Schülerinnen der Nardini-Realschule



Als erste Schulklasse im Jahr 2024 waren Schülerinnen der Nardini-Realschule bei mir im Bundestag. Im Sitzungssaal des Finanzausschusses haben wir uns über verschiedene politische Themen unterhalten.

Für Sie erreichbar



Berliner Büro



Platz der Republik 1, 11011 Berlin



alois.rainer@bundestag.de



030 / 227 77420

Wahlkreisbüro



Schulstraße 1, 94353 Haibach



alois.rainer.wk@bundestag.de



09963 / 943 9494